

## Inhalt

**Editorial, Impressum** Seite 2

**Spätzug soll eingestellt werden** Seite 2

**Der Euratomvertrag und Wolkersdorf** Seite 3

**Elektromobilität ≠ Elektromobilität** Seite 4

**Kein Kohlestrom in Niederösterreichs Elektromobilität!** Seite 5

**Begegnung mit Armutsbetroffenen** Seite 6

**Bitte Räumen** Seite 7

**Keine Angst wir beißen nicht!** Seite 8

## Termine und Veranstaltungen

### **Pflegeinsatz am Wartberg**

Koordination: Naturschutzbund NÖ

Sonntag, 14. November 2010

Beginn: 10:00 Uhr

Treffpunkt: beim ehemaligen Kronberghof

Der Wartberg ist ein Trockenrasen-Kleinod.

Einst extensiv bewirtschaftet, fristet er

leider ein mehr und mehr karges Dasein:

Robinien und Sträucher nehmen überhand, der Lebensraum zahlreicher noch vorhandener Trockenrasenpflanzen, wie *Adonis vernalis*, *Allium flavum*, *Helianthemum nummularium* agg. und *Stipa pennata* schwindet zunehmend.

### **„Auf den Spuren des Kalmuckjankers. Reise nach Kalmücken und zurück“**

Die WUI lädt ein zum Vortragsabend

**Wolfgang Krebs**

Montag, 29. November 2010

19.00 Uhr, Hotel Klaus, Wolkersdorf

Reise ans äußerste, südöstliche Ende Europas. Dort leben in einer autonomen Republik innerhalb Russlands die Kalmücken, von denen einst auf irgendeine Weise der Stoff für den Kalmuck, die populäre Weinbauerjacke, in die Wachau gelangt ist.

Auf den ersten Blick haben die Kalmücken nicht viel mit den Wachauern gemeinsam:

Sie sind mongolischen Ursprungs, waren einst Untertanen Dschingis Khans und gelangten als Nomaden in ihr heutiges Wohngebiet, die Steppen und Halbwüsten am Westrand des Kaspischen Meeres. Dort aber pflegen sie als die einzigen seit Jahrhunderten in Europa ansässigen Buddhisten ihre kulturellen und religiösen Traditionen ebenso engagiert, wie die Wachauer die ihren.



LAbg. Amrita Enzinger, BRin Elisabeth Kerschbaum, GR Otto Jarisch, GRin Claudia Mauser-Fessler, Püllichsdorf, GR Elisabeth Brenner, Groß Engersdorf, Clasiën Penkler, Schleinbach, und STR Christian Schrefel (v.l.n.r.)

## Unser Zubringer wird eingestellt!

### **Die Weinviertler Landesbahn (R 912) erliegt dem Nebenstreckengemetzel!**

Die Strecke Bad Pirawarth - Niedersulz wird 2010, also noch heuer, eingestellt, die Strecke Obersdorf - Groß Schweinbarth - Gänserndorf im Jahr 2011. Leider handelt es sich nicht um einen verspäteten Faschingscherz, sondern es wurde bereits von ÖVP Landesrat Heuras und der obersten ÖBB Spitze bestätigt. Aus dem Ministerbüro Bures wurde verlautbart: „Wenn NÖ kein Geld für die Zubringerbahn aufbringt, wird sie geschlossen“. Und das Land NÖ will kein Geld dafür ausgeben.

Ob die Bahnlinie zugesperrt wird oder nicht, liegt alleine in der Verantwortung von Landeshauptmann Erwin Pröll.

Auch wenn derzeit das übliche Spielchen der gegenseitigen Schuldzuweisung zwischen Land und ÖBB gespielt wird: Das Land NÖ, vertreten durch den Landeshauptmann, gibt den Auftrag, eine Strecke zu befahren. Der Dienstleister (die ÖBB) ist entsprechend zu bezahlen (Kleinigkeiten im Vergleich zu

dem, was für Straßen ausgegeben wird). Nachdem der Landeshauptmann derzeit nicht daran denkt, Geldmittel für diese Strecke zu Verfügung zu stellen, kann der Bahnbetrieb nicht aufrecht erhalten werden.

Hintergrund zur derzeit flächendeckenden Einstellung von Nebenbahnen ist natürlich der engstirnig, politisch motivierte Machtkampf des „schwarzen“ Landeshauptmannes Pröll gegen die „rot“ dominierte ÖBB und das „rote“ Ministerium.

Das Motto in Niederösterreich lautet: Weg von der ÖBB, hin zu einem Straßenkonzept für Individualverkehr. Austausch der Bahn gegen ein wesentlich schlechter ausgelastetes Netz an Autobussen.

Dabei wird leider aus Ignoranz, oder wahrscheinlich bewusst, übersehen, welche Chancen die Weinviertler Landesbahn hätte. Zu sehen in den Anfangsjahren. Der Zubringer zur Schnellbahnstation der S2 in

# Editorial

**Liebe Leserin,  
lieber Leser,**

lange habe ich überlegt, was ich Ihnen an dieser Stelle schreiben möchte, sollte, darf und muss.

**ad möchte:** Hiermit möchte ich mich nochmals für Ihr Vertrauen bedanken und bei allen AktivistInnen für die tolle Unterstützung - vor, während und auch nach den Wahlen! - Danken kann man nicht oft genug.

**ad sollte:** Eigentlich sollte ich über Themen schreiben, die mir besonders am Herzen liegen, wie Armut, Integration, Minderheitenproblematik, Umwelt-, Klima- und Atompolitik, oder ob bei einer guten und anständigen Sozial- und Arbeitsplatzpolitik SOMA-Märkte überhaupt notwendig wären, und ob nicht mit diesen versucht wird, die Versäumnisse der Bundespolitik wieder gutzumachen (Ist es überhaupt gerechtfertigt, sich das auch so werbewirksame soziale Mäntelchen umzuhängen, wenn die gleiche Partei auf Bundesebene die Notwendigkeit dieser erst erzwingt? Naja, so kann man sich auf Fotos vor Begeisterung wenigstens gegenseitig die Schultern wundklopfen...)

**ad darf:** Laut der Wolkersdorfer Bürgermeisterin DI Anna Steindl: sollten wir uns „...nur mit Themen die die Gemeinde betreffen“ auseinandersetzen, denn „...Weltpolitik machen Andere.“ Das stimmt, Politik von Welt macht eine andere Partei. [1] Kurier, 22.10.2010]

**ad müssen:** Sorry, aber da die WUI-Welt etwas größer definiert ist, müssen wir leider auch über diese Themen berichten. Deshalb finden Sie in dieser Ausgabe wieder wichtige Themen wie Verkehr [Seite 1 und Seite 2], Euratom [Seite 3], Energiepolitik [Seite 4 und Seite 5], Armutsbekämpfung [Seite 6] sowie Integrationspolitik [Seite 7 und Seite 8].

Eine wunderschönen Herbst wünscht Ihnen

**Dieter Achter**  
Obmann der WUI

## Impressum

### Herausgeberin und Verlegerin:

WUI - Die Grünen  
2120 Wolkersdorf, Hauptstr. 17

[www.wui-diegruenen.at](http://www.wui-diegruenen.at)

Telefon 02245 / 8 34 64

Fax 02245 / 8 34 94

Erscheinungsort Wolkersdorf

Layout, Produktion Dieter Achter

Papier Umweltpapier, Biotop 90g,  
chlorfrei gebleicht

[info@gruene-weinviertel.at](mailto:info@gruene-weinviertel.at)

[maria.vogt@tele2.at](mailto:maria.vogt@tele2.at)

[christian.schrefel@gruene.at](mailto:christian.schrefel@gruene.at)

[susanne.schmidinger@gruene.at](mailto:susanne.schmidinger@gruene.at)

[mag.erwinmayer@gmail.com](mailto:mag.erwinmayer@gmail.com)

[dieter.achter@gruene.at](mailto:dieter.achter@gruene.at)

Obersdorf ist während der Hauptverkehrszeiten übervoll und wird sogar als Doppelgarnitur geführt. Selbst Experten sind überrascht, wie gut die regionale Zugverbindung angenommen wird.

Anstatt sich über die neuen KundInnen zu freuen und diesen eine serviceorientierte Verbindung nach Obersdorf anzubieten, lässt sich die ÖBB einige „Fahrplanverbesserungen“ einfallen. An diesen ist beispielhaft abzulesen, wie man eine durchaus funktionierende Landesbahn unattraktiv macht. Der wesentlichste Einschnitt ist sicherlich, dass die Eilzüge auf der Hauptstrecke von Laa/Mistelbach nach Wien nicht mehr in Obersdorf stehen bleiben. Diese Entscheidung macht die Bahnstation Obersdorf gegenüber dem Bahnhof Wolkersdorf deutlich unattraktiver, viele fahren nach Wolkersdorf, die Fahrgastzahlen im Zubringer gehen zurück. Neben den eingeschränkten Stopps in Obersdorf ist die Abstimmung zwischen Schnellbahn und dem Zubringer manchmal sonderbar: Entweder fährt einem der Regionalzug gerade vor der Nase weg, oder man hat eine nicht erklärbare längere Wartezeit, bis sich der Zug endlich in Bewegung setzt. Zusammen mit weiteren kleinen Kundenverärgerungen, wie Ausdünnung der Fahrpläne, mangelnde Durchsagen, unregelmäßige Fahrzeiten, defekte Automaten,

etc. ergibt sich die Situation, dass heute nur mehr eine schlecht ausgelastete Einfachgarnitur unterwegs ist. Anstatt die Strecke wieder für einen breiteren Kundenkreis interessant zu machen, fällt den Verantwortlichen bei Land NÖ und ÖBB nur die Einstellung der Linie ein.

Dass es auch anders gehen kann, zeigt die Pinzgauer Regionalbahn. Von den ÖBB über Jahre immer unattraktiver gemacht, drohte 2005 das Aus. Durch Investitionen des Bundes, des Landes und der ÖBB und die Übernahme durch die privaten Salzburger Lokalbahnen, die mit Stundentakt, besserem Service und neuem Zugsmaterial bei den Fahrgästen punkten konnten, ging es wieder bergauf.

Auch ein Blick über die Grenzen bestätigt, wo der politische Wille für die Eisenbahn vorherrscht, siehe Schweiz, gibt es auch ein hervorragend funktionierendes, umweltfreundliches und umweltschonendes, für den Pendler billigeres Regionalbahnnetz. Was kann gegen die Einstellung des Zubringers unternommen werden?

Informieren Sie sich auf der website [www.unsstinke.at](http://www.unsstinke.at) und geben Sie Ihre Meinung zur Schließung der Regionalbahn bekannt.

## Skandal - Bürgermeister vereinbaren, den Spätzug einzustellen

### Wolkersdorf verliert den Kultur-Spätzug!

Seit mehreren Jahren sind wir stolz darauf, in unserer Region, auf der Stammstrecke der S2, täglich einen Spätzug um 0:29 ab Floridsdorf zu haben. Dieser Zug hat Vielen (auch Jugendlichen) unsere Stadt lebenswerter gemacht, Kulturgenuß und Heimreismöglichkeit zur Selbstverständlichkeit werden lassen.

Zur Sachlage: Bei der Gemeinderats-Sitzung am 13.10. informierte Bgm. Anni Steindl den GR von Wolkersdorf, dass die Bürgermeister der betroffenen Gemeinden (entlang S2 Gerasdorf-Mistelbach) überein gekommen sind, den täglichen Spätzug nicht mehr weiterführen zu lassen. Am 20.10. bekannte der Gerasdorfer Bgm Vojta gegenüber STR Schrefel, dass er nicht gefragt wurde, sondern lediglich informiert!

**Wir von der WUI haben heftigst protestiert und werden sowohl an die Landesregierung, als auch an die ÖBB Protestnoten senden.**

Der „Mistelbachvirus“ (die Stadt Mistelbach zahlte letztes Jahr bereits weniger mit) hat nun bei allen Gemeinden Schule gemacht; so stellen wir uns nicht den Ausbau der Sozial-Region vor!

Das Argument lautete: „Die Autofahrt ist zumutbar!“ Was machen da unserer SOMA-BesucherInnen, oder ist für die das Kulturangebot in Wien nicht im Sozialpaket inbegriffen? Demokratiepölitisch ist es ein Unding, den öffentlichen Verkehr zu streichen, ohne zu diskutieren und darüber abzustimmen!

Weiters sind wir dafür, dass hier vermehrt der Bund und die Landesregierung NÖ, in deren Verantwortung der ÖPNV (Öffentliche Personennahverkehr) ist, das Kernangebot stärken und erhalten, dazu bereiten wir eine Resolution im GR vor.

# Der Euratomvertrag und Wolkersdorf

**Sehr oft bemühen sich europäische und österreichische Politiker, Europa den Bürgern näher zu bringen und zu erklären, wie wichtig europäische Regelungen für unser tägliches Zusammenleben seien. Hier und jetzt soll aber nicht von Gurkenkrümmungen und Marmelade die Rede sein, sondern ganz konkret von der europäischen Atompolitik.**

Spätestens, wenn wieder ein grenznaher Reaktor in Betrieb geht, oder ein Störfall uns Anlass gibt, die Jodtabletten und Konservenvorräte zu überprüfen, dann wird klar, dass ein atomkraftfreies Österreich keinen Schutz vor Atomunfällen in Europa darstellt. Temelin, Mochovice, Bohunice sind nur wenige hundert Kilometer von Wolkersdorf entfernt. Die radioaktive Wolke, die je nach Niederschlagsintensität oft ihre größte Wirkung nicht unmittelbar neben dem Kraftwerk, sondern hunderte Kilometer entfernt entfalten kann, stoppt nicht an den vermeintlichen Kompetenzgrenzen des Wolkersdorfer Gemeinderats. Der Fallout erreicht im Ernstfall Wolkersdorf, wie schon 1986 nach dem Super-Gau im ukrainischen Tschernobyl.

Deswegen wollen wir Wolkersdorfer Grüne einen Ausstieg Österreichs aus dem Euratomvertrag". Dieser hat „IN DEM BEWUSSTSEIN, dass die Kernenergie eine unentbehrliche Hilfsquelle für die Entwicklung und Belebung der Wirtschaft und für den friedlichen Fortschritt darstellt“ <sup>2)</sup>, das zentrale Ziel „ENTSCHLOSSEN, die Voraussetzungen für die **Entwicklung einer mächtigen Kernindustrie** zu schaffen,...“. Nicht nur in der Präambel, auch gleich in Artikel 1 heißt es: „Aufgabe der Atomgemeinschaft ist es, durch die Schaffung der für die **schnelle Bildung und Entwicklung von Kernindustrien** erforderlichen Voraussetzungen zur Hebung der Lebenshaltung in den Mitgliedstaaten und zur Entwicklung der Beziehungen mit den anderen Ländern beizutragen.“

1) Amtsblatt der Europäischen Union 30.3.2010 Konsolidierte Fassung des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (2010/C 84/01)

2) Präambel S. 5

Dieser Vertrag wurde 1957 von den europäischen Atomstaaten gegründet. Europa wollte, wie die USA und die Sowjetunion, sowohl die Atombombe für militärische Zwecke nutzen und dafür genügend spaltbares Material bereitstellen, als auch eine scheinbar billige und verlässliche Energiequelle erschließen. „Too cheap to meter“ war die naive Hoffnung der Atombefürworter mit ihrem „atoms for peace“ Programm. Europa wollte bei der Atomenergie nicht den Anschluss an die Supermächte verlieren.



© Dieter Achter

Aber diese Hoffnung erfüllte sich nie. Bis heute werden mit staatlich garantierten und daher niedrigverzinsten, milliarden schweren Euratomkrediten die Entwicklung und der Bau von Atomkraftwerken in Europa gefördert. Und Österreich zahlt mit seiner Mitgliedschaft beim Euratomvertrag seit dem EU-Beitritt viele Millionen Euro in die Kassa der Atomwirtschaft. Erst jüngst im Juli 2010 wurde bekannt, dass der Fusionsreaktor ITER kostenmäßig explodiert. Die EU-Kommission musste die Baukosten steil nach oben korrigieren. 2001 ging sie laut derstandard.at von „2,7 Milliarden Euro für die europäische Seite aus. Dann beliefen sich die Schätzungen auf 7,2 Milliarden Euro, wie es in einem Papier von Anfang

## WUI-Antrag abgelehnt

**Wolkersdorf ist leider nicht die 170. Gemeinde gegen Euratom. Der WUI-Antrag für eine Resolution „Raus aus Euratom“ wurde im Gemeinderat abgelehnt.**

In der Gemeinderatssitzung am 13. Oktober 2010 brachte die WUI-Die Grünen einen dringlichen Antrag für eine Gemeinderatsresolution an die Bundesregierung ein. Diese wird darin aufgefordert aus dem Euratomvertrag auszustiegen. 169 Gemeinden in Österreich, darunter auch zahlreiche niederösterreichische und Weinviertler Gemeinden haben sich dem Aufruf gegen Atomgefahren angeschlossen und die Resolution unterstützt. Wir bedauern: „ÖVP, SPÖ und FPÖ sind in Wolkersdorf einen anderen Weg gegangen und haben den Antrag nicht unterstützt!“

Mai hieß. Zuletzt hatte es geheißt, dass die Gesamtkosten für ITER mittlerweile auf 16 Milliarden Euro geschätzt werden. (APA):. Dafür sucht die EU-Kommission Gelder im größten EU-Posten, dem Agrarbudget. Einsparungen bei Förderungen für die Landwirtschaft sollen zur Atomenergie umgeleitet werden. Spätestens dann erreichen die Auswirkungen von Österreichs Euratom-Mitgliedschaft auch die Wolkersdorfer Bauernschaft.

Deswegen brachte die WUI einen Antrag im Gemeinderat ein, dass - wie in 169, oft auch ÖVP-regierten Gemeinden und Städten ([www.raus-aus-euratom.at](http://www.raus-aus-euratom.at)) - eine parteiübergreifende Gemeinderats-Resolution die Bundesregierung auffordert, endlich aus dem Euratom-Vertrag auszuscheiden. Rechtlich ist das möglich, es fehlt bislang nur der politische Wille in Wolkersdorf und in Wien, dieses klare Zeichen in Europa zu setzen.



**Mag. Erwin Mayer**  
Gemeinderat der WUI

# Elektromobilität ≠ Elektromobilität

Vorab soll erwähnt werden, dass dieser Artikel nur den motorisierten Individualverkehr (MIV) betrachtet. Allerdings zählt auch der öffentliche Verkehr (ÖV) zum Teil zur Elektromobilität (Bahn, U-Bahn, Straßenbahn,...) und spielt bei der Emissionsreduktion der Mobilität ebenfalls eine wichtige Rolle.

„Mobil“ zu sein war in der Vergangenheit und ist noch immer ein sehr wichtiges Grundbedürfnis im Leben eines Menschen. Jeder möchte in seiner räumlichen Beweglichkeit so wenig wie möglich eingeschränkt sein, um jederzeit von A nach B zu kommen. Dieses Bedürfnis kann auf verschiedene Ar-

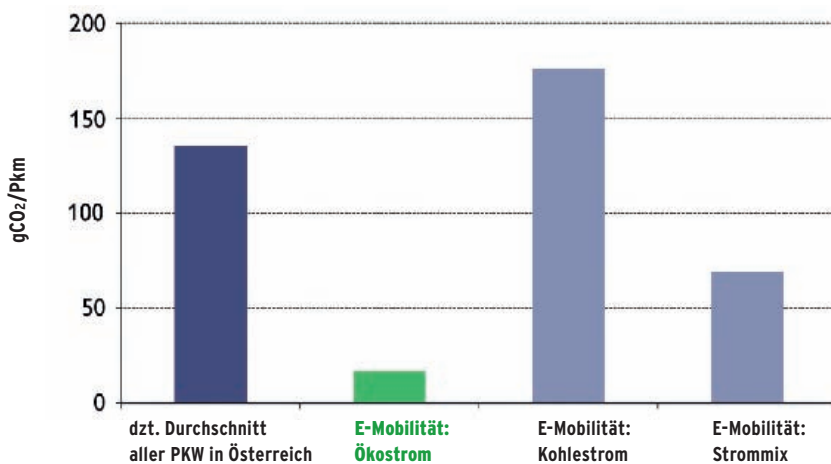
Elektromobilität ist in diesem Fall das Schlagwort der Stunde. In sehr vielen Medien wird dieses Thema aufgegriffen und von verschiedenen Gesichtspunkten her beleuchtet. Auch die österreichische Bundesregierung macht sich in der „Energiestrategie Österreich“<sup>1)</sup> Gedanken über

PKW in Österreich und Elektroautos mit Ökostrom oder Kohlestrom betrieben aufzeigen.<sup>2)</sup>

Es macht einen deutlichen Unterschied in der Menge der CO<sub>2</sub>-Emissionen, welche Stromquelle für den Betrieb eines Fahrzeuges benötigt wird. Die Emissionen bei Strom aus erneuerbaren Energien sind deshalb nicht Null, weil in der Berechnung auch indirekte Emissionen aus der Errichtung und dem Betrieb der Kraftwerke mit einfließen. Die Schlussfolgerung daraus ist, dass Elektromobilität ohne begleitende Maßnahmen in der Strombereitstellung aus erneuerbaren Energien noch keine nachhaltige Elektromobilität darstellt.

Eine weiterer wichtiger Punkt, der bei der Einführung der Elektromobilität beachtet werden muss, ist das elektrische Netz. Ohne begleitende Maßnahmen im Stromnetz besteht die Gefahr, dass es zu hohen Lastspitzen kommt, wenn viele Personen am Abend nach der Arbeit ihr Elektromobil aufladen wollen. Bei vielen angeschlossenen Fahrzeugen am Netz wird eine hohe Kraftwerksleistung benötigt, um die Nachfrage decken zu können. Diese hohe Nachfrage müsste unter derzeitigen Netzbedingungen von Spitzenlastkraftwerken abgedeckt werden, welche mit fossilen Brennstoffen betrieben werden. Für dieses Problem ist es notwendig, dass die Elektromobile in einem „Smart Grid“ (intelligenten Stromnetz) integriert sind. Das bedeutet, dass die elektrisch betriebenen Fahrzeuge mit dem elektrischen Netz kommunizieren und sich den günstigsten Zeitpunkt zum Laden der Akkus aussuchen. So kann das Aufladen der Akkus automatisch über die ganze Nacht aufgeteilt, die benötigte Kraftwerksleistung konstant gehalten und Lastspitzen vermieden werden. Außerdem können zum Beispiel, wenn durch starke Winde die Stromproduktion aus Windparks sehr groß ist, und der Strom gerade sehr günstig zur Verfügung steht, mehrere Elektrofahrzeuge zur Akkuladung zugeschaltet werden. Ein Smart Grid bietet auch noch weitere Vorteile, wenn die Akkus der Fahrzeuge als Stromquelle für Spitzenleistun-

Freigesetzte CO<sub>2</sub>-Emissionen in Gramm pro Personenkilometer im Elektroauto



ten gedeckt werden, wie zum Beispiel mit Muskelkraft (zu Fuß, Fahrrad,...) oder mit technischen Hilfsmitteln. Das bekannteste und am häufigsten eingesetzte technische Hilfsmittel ist der Verbrennungsmotor. 1876 patentierte der deutsche Ingenieur Nikolaus Otto den Ottomotor. Die rasante Entwicklung und die großen Steigerungsraten in den letzten 130 Jahren sind allgemein bekannt. Der große Nachteil dieser Fortbewegungsart ist der hohe CO<sub>2</sub>-Ausstoß durch die Verbrennung von fossilen Energieträgern, was einen bedeutenden Einfluss auf den anthropogenen (vom Menschen verursachten) Treibhauseffekt hat. Da die Klimaerwärmung durch den Einfluss des Menschen wissenschaftlich bewiesen ist, liegt es jetzt auch an uns, die Erderwärmung in einer gewissen Bandbreite zu stabilisieren. Einen wichtigen Beitrag zur Senkung der Treibhausgasemissionen kann die Verringerung der Emissionen im motorisierten Individualverkehr bringen.

die zukünftige Energieversorgung und Bereitstellung, wobei auch das Thema Mobilität behandelt wird. Als Zielwert für das Jahr 2020 werden 250.000 Elektrofahrzeuge vorgeschlagen, was ca. 5% der prognostizierten Personenkraftwagen entspricht.

### Jetzt stellt sich noch die Frage: WIE soll das Ganze umgesetzt werden?

Oberstes Ziel muss sein, dass der Strom, welcher für die Elektromobilität benötigt wird, zu 100% aus erneuerbaren Energien stammt, um die CO<sub>2</sub>-Emissionen nachhaltig zu senken. Denn nur, weil der Strom „aus der Steckdose“ kommt und beim Betrieb des Fahrzeuges direkt keine Emissionen freigesetzt werden, können indirekt doch große Mengen an Treibhausgasen in die Atmosphäre gelangen. Die folgende Abbildung soll den Unterschied der Emissionen zwischen dem Durchschnitt aller mit fossilen Treibstoffen betriebenen

1) Österreichische Energiestrategie, BM für Wirtschaft, Familie und Jugend, BM für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, März 2010

2) Daten aus GEMIS 4.5, Globales Emissionsmodell integrierter Systeme

gen herangezogen werden. Da die Fahrzeuge ja die meiste Zeit „Stehzeuge“ sind, könne diese bei Anschluss an das Netz Strom aus den Akkus einspeisen und damit wieder die Erzeugung von Strom aus fossilen Spitzenlastkraftwerken vermeiden und weiter zu einer CO<sub>2</sub>-Reduktion beitragen. Dies kann zum Beispiel bei einer kurzzeitigen Windflaute oder Bewölkung von Nöten sein, wenn die Stromproduktion aus Windkraft oder Photovoltaik zurückgeht. Natürlich kann diese Stromquelle aus den Akkus der Elektrofahrzeuge nur zu einem Teil verwendet werden, damit noch genügend Energie für die nächste Fahrt zur Verfügung steht.

Wie beschrieben wurde, ist die Einführung der Elektromobilität für den motorisierten

Individualverkehr eine komplexe Angelegenheit, welche nicht einfach mit der Förderung von Elektrofahrzeugen abgetan ist. Die Elektromobilität benötigt eine sorgfältige Umsetzung, welche bereits jetzt geplant und begonnen werden soll, damit das elektrische Netz und die Elektrofahrzeuge für die Zukunft gerüstet sind.



Dipl.-Ing. (FH) Lukas Lippert  
Öko-Energetiker

## Next Bike

### **Erste Next-Bike Verleihstelle im Bezirk Mistelbach, am Bahnhof in Wolkersdorf!**

Neu am Bahnhof Wolkersdorf in Kooperation mit der ÖBB. Next Bike ist telefonisch buchbar, 02742 22990 1 oder via Internet [http://leihradl.at/so\\_gehts0.html](http://leihradl.at/so_gehts0.html)



© Thomas Falch

Damit gibt's ein weiteres Angebot für RadlerInnen im Bezirk, freuen sich LABg Amrita Enzinger und STR Christian Schrefel

## Kein Kohlestrom in Niederösterreichs Elektromobilität!

**Anlässlich des weltweiten autofreien Tages setzen sich die Wolkersdorfer Grünen für 100% Strom aus der Sonne, Wind, Biomasse und Wasserkraft für die Elektromobilität ein und fordern gleichzeitig den Ausstieg aus der Kohle in den NÖ-Kraftwerken Dürnrohr, Theiss und Korneuburg bis 2015.**

Angesichts der deutschen Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke und der Ausbaupläne für Temelin müssen wir darauf achten, daß Kohle- und Atomkraftwerke in und rund um Österreich keinen Strom an niederösterreichs Haushalte, Industrie und Elektroautos liefern. Der Einstieg in die Elektromobilität nach der Bahn in Zukunft auch bei Rädern, Mopeds, Motorrädern und Autos wie LKWs wird von den Grünen ausdrücklich begrüßt.

Aber die Elektromobilität ist so umweltfreundlich, wie der Strom, der zum Auftanken benutzt wird, und zeigt daher den notwendigen, echten Umstieg auf 100% Ökostrom in Niederösterreich.

Die WUI - Die Grünen setzen sich für eine sichere und umweltfreundliche Mobilität ein, die den schwächsten Verkehrsteilnehmern wie Fußgehern und Radfahren Vorrang einräumt. Aber gerade in den dünnbesiedelten niederösterreichischen Gemein-

den wird das E-Auto neben der E-Bahn und der einspurigen E-Mobilität weiterhin seinen berechtigten Platz einnehmen. Aber



© Thomas Falch

mit bis zu 170g fossilem CO<sub>2</sub> pro Kilometer wäre ein mit Kohlestrom betriebenes Elektroauto klimaschädlicher als ein vergleichbares Auto, das fossilen Diesel oder fossiles Benzin tankt und auf 130-150g fossiles CO<sub>2</sub> pro Kilometer kommt. Angenommen, für diese Berechnung wird ein Energieverbrauch von 20 kWh/100 Km für Elektroautos und eine CO<sub>2</sub>-Intensität von 850 g CO<sub>2</sub>/KWh aus Niederösterreichs fossilen

Kraftwerken. „Wir Wolkersdorfer Grünen unterstützen deswegen ausdrücklich die Bemühungen des Landesrates Pernkopf nach einer Aufhebung des bundesweiten Deckels im Ökostromgesetz“.

Nur mit beschränkten Landesmitteln alleine können laut den Grünen bis 2015 die Kohlekraftwerke nicht vom Netz genommen oder zum Teil auf erneuerbare Energien umgestellt werden. Auch Landeshauptmann Erwin Pröll und die niederösterreichischen Abgeordneten im Nationalrat sollten sich für einen ungebremsten Ausbau von Strom aus Sonne, Wind, Biomasse und ökologischer Wasserkraft in NÖ einsetzen und die Nationalräte für die Aufhebung des Ökostromdeckels bei der Ökostromnovelle im Herbst stimmen. Dazu fehlen bislang klare Bekenntnisse und Zusagen aus St. Pölten.

**Mag. Erwin Mayer, Gemeinderat der WUI  
STR Christian Schrefel, Stadtrat in Wolkersdorf**

# Begegnung mit Armutsbetroffenen

**Rudi Rögner macht sich Gedanken, worauf es ankommt.**

## Keine Empfehlungen geben

Ein Horterzieherin erzählte mir kürzlich über eine Familie: Die Eltern sollten den Kindern halt nicht immer ein Nusskipferl in der Bäckerei kaufen. Ein selber gestrichenes Brot käme viel günstiger. Dann hätten sie auch mehr Geld für die Heizung und müssten nicht im Winter in einem Raum beisammensitzen, weil die anderen Zimmer nicht beheizt werden können.

Eine Bekannte berichtete letztes Jahr von einem Reithof, wo Gebäck zu Futterzwecken gesammelt wird. Eine armutsbetroffene Familie bringe immer wieder Brot mit Resten von Nutella. Gleichzeitig hätte die Familie Schwierigkeiten, die Wohnungsmiete pünktlich zu bezahlen. Das sei doch ein typischer Fall von „selber schuld“. Selbst gemachte Marmelade sei doch viel günstiger als Nutella.

---

**Bei Menschen, die unter der Armutsgrenze leben, sind wir eigentlich sehr rasch da mit unseren Empfehlungen. Und ich finde: Viel zu rasch!**

---

Die Frage, ob die genannten Empfehlungen sinnvoll sein können, stelle ich jetzt bei Seite, denn es kommt auf etwas Anderes an. Es steht uns nämlich nicht gut an, eben diese auszusprechen.

In dieser Hinsicht sind wir im Bekanntenkreis, wie mir scheint, viel toleranter. Wenn sich hier jemand ein viel zu teures Auto kauft, sich bei der Hausrenovierung grob verkalkuliert oder deutlich zu viel Geld für einen Urlaub ausgibt, wird das ohne Aufhebens zur Kenntnis genommen.

Bloß jene MitbürgerInnen mit geringem Einkommen müssen sich vielerlei vorschnelle Empfehlungen, seien sie jetzt ihnen gegenüber ausgesprochen oder nur im Gespräch über sie gesagt, gefallen lassen.

Nicht gemeint sind hier natürlich jene Situationen, wenn wir gefragt werden, wie am besten ein Lohnsteuerausgleich gemacht werden soll, oder wo ein Heizkostenzuschuss beantragt werden kann.

## Almosen nur an Bettler

Bettler nehmen gerne Almosen. Sie bedanken sich ehrerbietend dafür und wünschen alles Gute. Fast kommt der Bettelei ein Tauschcharakter zu: Der Bettler erhält das Geld und der Gebende für eine kurze Zeit ein gutes Gewissen. Da für viele Bettler das erbettelte Geld einen wichtigen Teil des Einkommens ausmacht, halte ich diese Art des Almosengebens auch für durchaus sinnvoll.

Ganz anders verhält es sich mit den armutsbetroffenen Menschen in der unmittelbaren Nachbarschaft. Sie stellen ihre



## Gesellschaftliche Ursachen sehen

Was kann hier Abhilfe schaffen? Ein hohes Maß an Einfühlungsvermögen ist wichtig, könnte aber dennoch zu wenig sein. Wichtig ist die Sichtweise, dass die Armen normalerweise an ihrer Situation nicht selber schuld sind. Oft treffen mehrere Schicksalsschläge zusammen, sodass die Betroffenen nicht mehr genug Kraft finden, sie zu meistern. Tod eines nahen Angehörigen, schwere Krankheit, Verlust des Arbeitsplatzes, anhaltende Misserfolge bei der Suche einer neuen Arbeit, gescheiterte Firmengründung, verunglückte Kreditentscheidungen kön-

Armut nicht zur Schau wie die Bettler, sondern wollen sie so gut es geht verbergen.

Ich denke hier an jene 50jährige Frau, welche in der Schuldnerberatung Rat suchte. Sie fand mit 550 Euro Notstandshilfe ihr Auslangen. Auf meine Frage hin zählte sie die Aufwendungen für ihre 14jährige Tochter auf: Laptop, i-Pod, Teilnahme an der London-Reise der Klasse, Sportausrüstungen und Geigenunterricht. Das alles würde die gesamten Alimente des Vaters und einen Teil ihres Einkommens verschlingen. Daran wollte sie aber nichts ändern, denn die Tochter sollte von der Armut nichts spüren.

Die Scheu, die eigene Armut zu deklarieren, kann so weit gehen, dass auf einen Antrag auf Sozialhilfe verzichtet wird, obwohl diese Leistung von Gesetz wegen zusteht. Vielleicht wollen aus diesem Grund auch einige potentiell Berechtigte nicht im Sozialmarkt, der in Wolkersdorf geplant ist, einkaufen.

nen so eine Abwärtsspirale in Gang setzen bzw. beschleunigen.

Unser Sozialsystem sichert gegenüber vieler dieser Risiken ab. Es hat jedoch Lücken und nicht alle gesellschaftlichen Gruppen sind gleich gut abgesichert. Die Unterschiede zwischen einzelnen Berufsgruppen oder zwischen ÖsterreicherInnen und Zuwanderern sind beträchtlich. Das Wissen darum, dass ein schlechtes Einkommen auch gesellschaftliche Ursachen in sich trägt, erlaubt uns, den Armutsbetroffenen auf Augenhöhe zu begegnen.

## Keine falschen Zuordnungen

Studierende meiner Lehrveranstaltung an der Fachhochschule wundern sich oft über die festgesetzten Armutsgrenzen. Bei diesen Regelungen würden sie ja fast alle als arm gelten. Warum würden sie denn keine Sozialhilfe erhalten?

Ungläubiges Kopfschütteln über die Armutsdefinition ist auch bei Plaudereien

im Bekanntenkreis zu hören. Die Großtante würde auch so leben und fühle sich nicht arm, wird da argumentiert.

Bei diesen Gesprächen wird auf einen Unterschied vergessen. Die Studierenden haben Eltern und die Großtante hat Grund und Boden. Diese Faktoren verändern die Bewertung stark. Wenn die Waschmaschine oder der Fernseher durch ein neues Geräte ersetzt werden soll, können die Eltern dann rasch die Kosten vorschießen. Und jene Personen, welche über Grund und Boden verfügen, haben eine weit aus bessere Bonität bei den Banken, oder könnten einen Teil ihres Besitzes wieder zu Geld machen.

### Forschungsergebnisse ernst nehmen

Ein Einkommen von 951 Euro 12 mal im Jahr bei einem Ein-Personen-Haushalt bildet aktuell die Armutgefährdungsschwelle. Für uns ÖsterreicherInnen, die wir in 14 Gehältern denken, macht das monatlich 815 Euro aus. Wessen Einkommen niedriger ist, der befindet sich in Gefahr, arm zu werden. Und das sehen nicht nur die Grünen so, denen Manche ein kommunistisch gefärbtes Denken vorwerfen wollen. Das sagen das Sozialministerium, die EU-Kommission, das EU-Parlament, die Caritas und mit ihr auch die katholische Kirche, die Institute für Soziologie und der Österreichische Nationalrat. Mit allen diesen Institutionen legen sich jene an, welche die Armutsgrenze nicht zur Kenntnis nehmen wollen.

Wenn, wie hier behauptet, gut gemeinte Empfehlungen und Geldspenden falsch sein können, bedeutet das nicht, arme Mitmenschen zu ignorieren? Ja, und das ist in bestimmter Hinsicht auch richtig so. Ich meine, dass Ihnen am besten geholfen ist, wenn wir ihr Armsein ignorieren und sie so wie andere Personen aus unserem Bekanntenkreis behandeln, das Wetter berechnen, Smalltalk führen oder die aktuellen Sportergebnisse besprechen. Und so, wie wir unseren Bekannten mit Rat und Tat zur Seite stehen, ist dies natürlich auch im Verhältnis zu armutsbetroffenen Menschen in unserer Umgebung sinnvoll.



**Mag. Rudolf Rögner**  
Diplomsozialarbeiter

## Bitte Räumen!

„Geschafft!“ Emma Putzig schaut zufrieden auf die staubfreie Garderobe, die geordneten Schuhe und den blitzblanken Boden. „Jetzt ein Kaffee auf der Terrasse.“ Sie füllt in der Espressomaschine Bohnen nach - ihr Blick streift das 'Fairtrade' Zeichen, sie lächelt „...wieder eine gute Sache unterstützt, die haben's ja wirklich nicht leicht dort...“

Herrlich, auf den Himbeerstauden haften einige Fäden von Altweibersommerspinnennetzen, sie genießt Sonne und Kaffee.

Die letzten Paradeiser müssen auch noch abgenommen werden, die Kinder lieben Paradeissauce. „Es ist schon ein Segen, dass wir uns so gesund ernähren können, wenn ich da an die Armen in Afrika oder Asien denke...“ Emma ist keine, die auf andere Menschen, denen es nicht so gut geht, vergisst, sie spendet immer wieder bei Sammlungen und es ist doch ein gutes Gefühl, die Not etwas zu lindern. Schrecklich muss das sein, wenn man keinen Job, keine Sicherheit hat, Krieg, Unruhen, Gewalt zum Alltag gehören. Sie liest immer genau die Hintergrundinformationen der Spendenaufrufe.

Ihr Mann meint, die müssten endlich die Wirtschaft ankurbeln, entsprechende Bildung schaffen und Leistung erbringen, viele Wirtschaftsflüchtlinge möchten sich dann bei uns die Rosinen aus dem Kuchen holen.

„Wie gut es uns doch geht, mir und meiner Familie.“ Ihr Mann hat einen leitenden Posten und verdient sehr gut, die Kinder lernen - meist - brav, nette Nachbarschaft, ...

Für ein besseres Leben alles aufgeben und flüchten, sicher nicht leicht, die kann man nicht einfach fallen lassen, aber Jeden aufnehmen geht



doch auch nicht, das meint Emma auch.

Die Paradeiser leuchten inzwischen rot aus der Schüssel. Ein paar gelbe Blätter segeln vom Zwetschkenbaum - die Straße muss sie ja noch kehren!

Die Abschiebungen von AsylwerberInnen, vor allem von Kindern, wie es in letzter Zeit in Österreich immer wieder passiert, findet sie, ist schon sehr hart. Die zuständige Ministerin Fekter zuckt da mit keiner Wimper, wenn sie dazu Stellung nimmt. Viele in ihrem Bekanntenkreis sind darüber auch nicht besonders begeistert. Andererseits, was soll man dagegen tun?

Wir 'kleinen' Leute haben ja doch keine Entscheidungsgewalt. Die Kompetenz liegt eindeutig beim Innenministerium. Ja, man könne Briefe schreiben, mailen, versenden... oder der Gemeinderat könnte eine Resolution an die Regierung schicken, dass sie dieses Vorgehen nicht gutheißen und im Fall, dass in der Gemeinde die Abschiebung von Menschen drohe, sich solidarisch mit ihnen verhalten werde.

Jedoch, was bringt's - eh nur Schubladisierung. Da kann man halt nichts machen.

Kein Blatt mehr zu sehen, Emma nimmt Besen und Schaufel und geht ins Haus - in einer Stunde gibt's Mittagessen...

# Keine Angst, wir beißen nicht!

**Zum Frühjahrsbeginn veranstaltete der „ATIB - Türkisch Islamischer Verein Wolkersdorf“ einen „Tag der offenen Tür“.**

Die alljährlich stattfindende Veranstaltung war eine nette Gelegenheit, um die türkische Kultur kennenzulernen, und mit der in der Großgemeinde Wolkersdorf lebenden türkischen Community zusammenzukommen. Die Gäste wurden in einer gastfreundlichen und warmen Atmosphäre empfangen. Danach gab es für jene, die es sich wünschten, eine Führung durch die Gebetsräume, dabei konnten sie die Handarbeiten der türkischen Frauen bewundern, die dort aufbereitet waren. Interessierte konnten den fleißigen Frauen bei der Zubereitung der Speisen über die Schulter schauen. Man konnte unter anderem Börek, Lahmacun, Baklava, türkischen Tee uvm im Garten des Vereinsgebäudes bei angenehmen Frühjahrsbewetter genießen. Heuer begrüßte der Verein zum ersten Mal Gäste aus Tschechien, die im Rahmen der „Greenways Radtour“ mit einer Gruppe aus Wien angereist waren. Diese Veranstaltung folgt dem Zweck der Integrationsförderung, der Kul-



turvermittlung, der Förderung des freundlichen Dialogs zwischen Kulturen und Glaubensgemeinschaften, bisher hat sich dieser auch wahrlich erfüllt.



Secil Kilitci  
Jus-Studentin

## Finger weg von der Schule, Erwin!

**Petition gegen Provinzialisierung und Postenschacher im Schulbereich.**

Österreich droht die Provinzialisierung der Bildung. Erwin Pröll und andere Landesfürsten wollen die Schulen verländern, die gesamte Ausführungsgesetzgebung im Schulbereich soll den Bundesländern übertragen werden. Damit droht unserem Land ein Fleckerlteppich aus neun unterschiedlichen Schulsystemen. Das Niveau an Österreichs Schulen würde weiter sinken, Postenschacher, z.B. bei der Besetzung von DirektorInnenstellen, würde noch stärker als bisher um sich greifen.

Wir wehren uns gegen die Provinzialisierung der Schulen durch die Landesfürsten!

**Wir fordern eine klare Absage an die Pläne, alle Lehrkräfte dem Verantwortungsbereich der Bundesländer zu unterstellen. Österreich braucht nicht neun landesspezifische Schulmodelle.**

Wir sagen: **Finger weg von der Schule, Erwin!**  
[www.gruene.at/gegen\\_provinzialisierung](http://www.gruene.at/gegen_provinzialisierung)

## Kurz notiert

**Ganzheitliches Recyceln „Runde Sache“**



**Was ist besser als CDs und DVDs zu sammeln, die Umwelt und ihre Ressourcen zu schonen und bewusst mit ihnen umzugehen? Hier die Antwort: Die Umwelt und ihre Ressourcen schonen, bewusst mit ihnen umgehen UND dabei noch ein Sozialprojekt unterstützen!**

**Und so funktioniert's:** Das Netzwerk für Entwicklungspolitik „ENCHADA“ hat im Jänner dieses Jahres unter dem Titel „Runde Sache“ damit begonnen, im Raum Wien Sammelboxen für die alten Scheiben aufzustellen. Ziel ist es, mit der Aktion einerseits das Bewusstsein für diesen wertvollen Abfall zu schärfen, andererseits mit dem Erlös ein soziales Projekt des Netzwerkes zu finanzieren. Der Schwerpunkt liegt hierbei auf dem kulturellen Austausch von Jugendlichen der so genannten 1. und 3.Welt.

Also mach mit beim ganzheitlichen Recyceln! An der Eingangstür (Türschlitz) zum Grünen Büro, Hauptstraße 17.

[www.rundesache.at](http://www.rundesache.at), [www.enchada.at](http://www.enchada.at)

**Verkehrstreffen**

Die WUI und die Grünen beim Verkehrsgipfel mit Dr. Eva Lichtenegger und Vertretern aus Südmähren.



**Ansiedelung der Firma DUPLEX**

Die Grünen bei den Eröffnungfeierlichkeiten



Geschäftsführer Stefan Schwab, BRIn Elisabeth Kerschbaum und STR Christian Schrefel

## Gleichberechtigung für Frauen im Islam

**Secil Kilitci kandidiert zur Gemeindevertreterin der IGGIÖ (Islamische Glaubensgemeinschaft In Österreich) für den Verein ATIB Wolkersdorf.**

Secil Kilitci (Jus-Studentin aus Wolkersdorf und WUI-Aktivistin) ist die einzige Kandidatin der Gemeinde Wolkersdorf, wenn Sie gewählt wird, wird sie als Gemeindevertretungsorgan für die muslimischen Gemeindebewohner in Wolkersdorf agieren.

Das größte Anliegen bei der Wahl war für die IGGIÖ, dass so viele Musliminnen wie möglich für die Wahl nominiert werden, damit auch für die Zukunft eine Frau als Präsidentin des Vereins gewählt werden kann.

**Man strebt damit an, mehr Demokratie innerhalb der islamischen Glaubensgemeinschaft und Gleichberechtigung für Frauen im Islam zu erreichen.**